



Niederschrift

64. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

Sitzungstermin:	Dienstag, 27.02.2018
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21:40 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
-----------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE	
Frau Babette Reimers	SPD	
Herr Kai Weber	SPD	
Herr Lars Eichert	CDU/ANW	
Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	bis 21:05 Uhr

zusätzliches Mitglied

Herr Georg Bittcher	DIE aNDERE	
Frau Dr. Sylke Kaduk	AfD	18:20 bis 20:31 Uhr

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	Vertr. für Herrn Wolfhard Kirsch Fraktion Bürgerbündnis-FDP
--	-----	--

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Dau	SPD	
Herr Jan Hanisch	DIE LINKE	bis 21:24 Uhr
Herr Dirk Kühnemann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dr. Wilfried Naumann	Potsdamer Demokraten	
Herr Bernd Putz		
Herr Christian Schirrholtz	DIE LINKE	

- 3 Vorstellung von Bauvorhaben
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1.1 Vorstellung der Ergebnisse Evaluation Modellversuch Zeppelinstraße
 - 4.1.2 Alternativen zum Modellversuch Zeppelinstraße
Vorlage: 17/SVV/0904
Fraktion DIE LINKE
(Wiedervorlage)
 - 4.1.3 Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße
Vorlage: 17/SVV/0912
Fraktion DIE aNDERE
KOUL, SBV (ff)
(Wiedervorlage)
 - 4.2 Geförderter Wohnungsbau im Bornstedter Feld
Vorlage: 17/SVV/0966
Fraktion DIE LINKE
 - 4.3 Entwicklung des Bornstedter Feldes und der umliegenden Gebiete
Vorlage: 18/SVV/0023
Fraktion CDU/ANW
 - 4.4 Haushaltssatzung 2018/2019 (2. Lesung)
 - 4.4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019
Vorlage: 17/SVV/0951
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
(Wiedervorlage)
 - 4.4.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0952
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
(Wiedervorlage)
 - 4.4.3 Zukunftsprogramm 2022
Vorlage: 17/SVV/0953
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
(Wiedervorlage)
 - 4.5 Flächennutzungsplan-Änderung "Sportplatz Lerchensteig" (13/16), Abwägung und Feststellungsbeschluss
Vorlage: 17/SVV/0973
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL, B/Sp.
 - 4.6 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof
Vorlage: 17/SVV/0979
Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
FA, KOUL, HA
 - 4.7 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof", Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag sowie Zustimmung zur Anwendung der "Richtlinie zur Kostenbeteiligung"

- bei der Baulandentwicklung" (DS-Nr. 12/SVV/0703)
Vorlage: 18/SVV/0007
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Fahrland
- 4.8 Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt
Potsdam
Vorlage: 18/SVV/0009
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL (ff), OBR Fahrland
- 4.9 Durchgangsverkehr Hügelpfad reduzieren
Vorlage: 18/SVV/0055
Fraktion CDU/ANW, SPD
- 4.10 Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee",
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher
Universitätscampus Griebnitzsee" 19/17
Vorlage: 18/SVV/0008
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Wiedervorlage)
SBV (ff), KOUL
- 4.11 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark", 1. Änderung, Teilbereich
Am Feldlerchenwinkel, Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-
Änderung "Nördlich In der Feldmark" 20/17
Vorlage: 18/SVV/0005
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Wiedervorlage)
OBR Golm
- 4.12 Sozialer Wohnungsbau
Vorlage: 18/SVV/0081
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
HA
(Mitteilungsvorlage)
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 BE Baustellen/Hauptverkehrsstraßen 2018
Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.2 "Beschlussvorlage über die Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen
gemäß § 165 Abs.4 BauGB für den Bereich "Seekrug/Pirschheide" -
Vorweginformation in Vorbereitung der STVV am 07.03.2018
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5.3 BE Inbetriebnahme der Tramhaltestelle am westlichen Ende der
Kiepenheuerallee (gemäß Beschluss 17/SVV/0260)
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Sonstiges
- 7 Bebauungsplan Nr. 37 A "Potsdam-Center", 2. Änderung, Teilbereich Ehemalige
Wagenhalle, Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 17/SVV/0892
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Wiedervorlage - entsprechend Bitte im SBV-Ausschuss 13.02.2018)

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Jäkel, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.02.2018 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 13.02.2018 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 6:0:1 bestätigt.

Zur Tagesordnung bittet der Ortsvorsteher von Groß Glienicke, Herr Sträter, den TOP 4.6 „Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof“ auf die nächste Sitzung am 13.3. zu vertagen. Heute findet in Groß Glienicke eine Anhörung zu dem Thema statt. In den Ausschüssen sollte danach beraten werden.

Zum TOP 4.7 „B-Plan Nr. 132 ‚Am Friedhof‘“ wird im Anschluss an die Beratung entschieden, ob die Beschlussfassung vorgenommen oder eine 2. Lesung erfolgen soll, da noch kein Votum des Ortsbeirates Fahrland vorliegt.

Zum TOP 4.10 „Bebauungsplan Nr. 160 ‚Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee‘“ liegt die Bitte vor, ihn auf 19:00 Uhr vorzuziehen, da Herr Prof. Musil, der hierzu Rederecht beantragt hat, einen Anslusstermin wahrzunehmen hat.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen dem Ausschussvorsitzenden vor:

- Zu TOP 4.5 „FNP-Änderung ‚Sportplatz Lerchensteig‘“ für Herrn Dr. Plenzke für die Anwohner am Schneiderweg
- Zu TOP 4.7 „B-Plan Nr. 132 ‚Am Friedhof‘“ von Frau Tina Lange als Anwohnerin im Ortsteil Fahrland
- Zu TOP 4.10 „B-Plan Nr. 160 ‚Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee‘“ für Herrn Prof. Dr. Musil (Vizepräsident für Lehre und Studium der Universität Potsdam)

Gegen die Gewährung der Rederechte erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu 3 Vorstellung von Bauvorhaben

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass die Vorstellung von Bauvorhaben nicht erfolgt ist, da zu der Zeit ein Informationstermin zum TOP 7 „B-Plan Nr. 37 A „Potsdam-Center““ stattgefunden hat.

**zu 7 Bebauungsplan Nr. 37 A "Potsdam-Center", 2. Änderung, Teilbereich
Ehemalige Wagenhalle, Aufstellungsbeschluss**

Vorlage: 17/SVV/0892

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Wiedervorlage - entsprechend Bitte im SBV-Ausschuss 13.02.2018)

Der Vorsitzende berichtet, dass die zu heute geplante nicht öffentliche Behandlung der Angelegenheit im Vorfeld der Sitzung in einem Informationstermin stattgefunden hat. Hier wurde sich darauf verständigt, den in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vom 12.12.2017 mehrheitlich beschlossenen Änderungsantrag, der unter Bezugnahme auf die Anlage 3 folgende Ergänzung des Beschlusstextes erhielt, „Die Höhe des höchsten Baukörpers soll die Höhe von 15,50 m nicht überschreiten.“, wie folgt zu ändern:

„Die maximale Gebäudehöhe wird auf 18,50 m ohne zusätzliche Technikaufbauten festgesetzt“.

Der Vorsitzende stellt die Änderung des Änderungsantrages vom 12.12.2017 zur Abstimmung.

Sie wird einstimmig **angenommen**.

Der Vorsitzende stellt die geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 37 A "Potsdam-Center" ist im Teilbereich Ehemalige Wagenhalle nach § 2 Abs. 1 BauGB in einem 2. Änderungsverfahren zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 2).
2. Planerische Grundlage für die Erstellung des Bebauungsplans ist das vorliegende städtebauliche Konzept (siehe Anlage 3).
3. Anhand der Planungsziele wird entschieden, dass das Verfahren hauptsächlich im wirtschaftlichen Interesse Dritter liegt (siehe Anlage 4). Die Einleitung des Verfahrens zum Bebauungsplan setzt daher voraus, dass neben den externen Kosten auch die künftig entstehenden verwaltungsinternen Kosten des Verfahrens vom Vorhabenträger übernommen werden (entsprechend der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.08.2006 zur Kostenerstattung von Verfahrenskosten bei Bauleitplanverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter getroffenen Festlegungen – DS 06/SVV/0487).

4. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 I entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/SVV/059) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (siehe Anlage 5).

inklusive der Ergänzung in der Anlage 3:

Die maximale Gebäudehöhe wird auf 18,50 m ohne zusätzliche Technikaufbauten festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1.1 Vorstellung der Ergebnisse Evaluation Modellversuch Zeppelinstraße

Herr Schönefeld (Planungsbüro SVU Dresden) stellt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die Ergebnisse des Modellversuchs vor und geht auf sie ein. Er stellt eine nachweisbar positive Wirkung auf die Luftschadstoffsituation fest, die als wichtiger Beitrag für die aktuelle und zukünftige Einhaltung der Grenzwerte zu sehen ist. Dabei seien keine unverhältnismäßigen negativen verkehrlichen Auswirkungen auf den Kfz-Verkehr sowie auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu deklarieren. Für den Fuß- und Radverkehr habe die Maßnahme positive qualitative Sekundäreffekte.

Seine Handlungsempfehlungen sehen vor:

1. Die Überführung des Verkehrsversuchs in eine dauerhafte Lösung.
2. Die Beibehaltung der Pfortnerung an der Kastanienallee auch nach der Verlängerung der Busspur.
3. Die Erarbeitung kleinteiliger Maßnahmen zur Reduzierung der Behinderungen für den ÖPNV und zur verträglichen Abwicklung des Kfz-Verkehrs im Nebennetz.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erinnert an den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 7.10.2015 zur Vorlage 15/SVV/0620, mit dem die Maßnahme als Modellversuch beschlossen wurde. Die Untersuchungsergebnisse aufgreifend unternimmt er Ausführungen zum weiteren Vorgehen. Zu überlegen sei, wie eine dauerhafte Lösung eingerichtet werden kann. Der Pendlerverkehr soll auch künftig stärker zu den Alternativen zum Kfz-Verkehr (ÖPNV, Park+Ride) gelenkt werden. (die Präsentation liegt dem Protokoll bei)

Frau Hüneke weist darauf hin, dass die Effekte künftig noch verbessert würden und spricht sich für die Fortsetzung der Maßnahme aus.

Herr Weber erinnert an die damalige Empfehlung einer Busspur bis Geltow, ein

Kernpunkt, der noch nicht umgesetzt sei. Der Modellversuch sei seiner Ansicht nach erfolgreich und stelle eine ausbaufähige Maßnahme dar. Allerdings darf die Akzeptanz in der Bevölkerung nicht weiter gefährdet werden. Er regt an, die Begrenzung auf 30 km/h in der Zeppelinstraße und der Geschwister-Scholl-Straße dauerhaft (24 Stunden) einzurichten.

Herr Eichert verweist auf den Nachteil für die Nebenstraßen als negative Folge des Modellversuchs. Hier sei eine deutliche Verbesserung des ÖPNV-Angebotes nötig. Er erkundigt sich nach dem Einsatz der Pfortnerampeln.

Herr Niehoff und Herr Schönefeld gehen auf diese wie weitere Nachfragen der Mitglieder ein. Herr Niehoff bekräftigt bezugnehmend auf die Pfortnerampeln, dass diese für die Koordinierung des Streckenflusses unabdingbar seien. Er bestätigt auf Nachfrage dass die Beschränkung des Zuflusses durch Pfortnerung verstärkt worden ist, um den Verkehr im eingegengten Teil der Zeppelinstraße flüssig zu halten.

Herr Jäkel sieht auch positive Effekte durch den Versuch. Allerdings stellt er die erheblich negative Begleiterscheinung eines dauerhaft erhöhten Verkehrsaufkommens in der Geschwister-Scholl-Straße fest. Vor allem im stadtauswärtigen Bereich vom Abzweig Zeppelinstraße bis Hans-Sachs-Straße kommt es häufig zu lückenlosen Fahrzeugkolonnen, was die Querung für alle Verkehrsteilnehmer erschwert. Weiterhin stellt er diverse Rückstaus durch die Pfortnerungen fest, was die Staulängen im Berufsverkehr in der Breiten Straße, in der Heinrich-Mann-Allee, in der Babelsberger Straße und in der Friedrich-List-Straße gegenüber dem Zustand vor Beginn des Modellversuches Zeppelinstraße verlängert hat. Er spricht sich entschieden gegen die weitere Einrichtung von Einbahnstraßen in der Brandenburger Vorstadt aus, weil vergangene baustellenbedingte Einbahnstraßen dort eindrucksvoll gezeigt haben, dass dies alle Probleme mehr verschärft als löst.

Herr Berlin stellt fest, dass man sich künftig verstärkt mit dem Ausweichverkehr auseinandersetzen muss. Die Maßnahme sei positiv zu bewerten, habe aber noch Verbesserungspotential.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Informationen zur Kenntnis. Den Mitgliedern werden die Präsentationen (als Anlage zum Protokoll) zur weiteren Befassung zur Verfügung gestellt.

zu 4.1.2 Alternativen zum Modellversuch Zeppelinstraße

Vorlage: 17/SVV/0904

Fraktion DIE LINKE

(Wiedervorlage)

Mit Verweis auf den Tagesordnungspunkt (TOP) 4.1.1 wird der Antrag zurückgestellt bis die Mitglieder Gelegenheit hatten, die Untersuchungsergebnisse des Modellversuchs durchzuarbeiten.

Der TOP zur DS 17/SVV/0904 wird zu geeigneter Zeit im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wieder aufgerufen.

zu 4.1.3 Verkehrsberuhigte Zone Geschw.-Scholl-Straße

Vorlage: 17/SVV/0912

Fraktion DIE aNDERE

KOUL, SBV (ff)

(Wiedervorlage)

Mit Verweis auf den Tagesordnungspunkt (TOP) 4.1.1 wird der Antrag zurückgestellt bis die Mitglieder Gelegenheit hatten, die Untersuchungsergebnisse des Modellversuchs durchzuarbeiten.

Der TOP zur DS 17/SVV/0912 wird zu geeigneter Zeit im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr wieder aufgerufen.

zu 4.2 Geförderter Wohnungsbau im Bornstedter Feld

Vorlage: 17/SVV/0966

Fraktion DIE LINKE

Herr Berlin bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) geht auf die aus Verwaltungssicht betroffenen Baufelder ein und erklärt, dass eine Prüfung vorgenommen werden kann.

Herr Eichert verweist auf die Aufgaben der ProPotsdam und hält den Antrag wie vorgelegt für nicht schlüssig. Der Text müsste seiner Auffassung nach zumindest dahingehend geändert werden, dass für die „ProPotsdam“ „der Entwicklungsträger“ aufgenommen wird. Auch zur Formulierung zur Berichterstattung meldet er Bedenken an.

Herr Berlin übernimmt den Vorschlag zur Änderung des Antragstextes und ersetzt „die ProPotsdam“ durch „den Entwicklungsträger“.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass ~~die Pro Potsdam~~ **der Entwicklungsträger** bei weiteren Grundstücksvergaben für den Wohnungsbau im Bornstedter Feld einen Mindestanteil von 50% gefördertem Wohnungsbau sichert.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Juni 2018 über den Stand der Umsetzung zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.10 Bebauungsplan Nr. 160 "Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee",
Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Westlicher
Universitätscampus Griebnitzsee" 19/17**

Vorlage: 18/SVV/0008

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Wiedervorlage)
SBV (ff), KOUL

Der Vorsitzende eröffnet die 2. Lesung.

Herr Prof. Musil (Vizepräsident für Lehre und Studium der Universität Potsdam) nimmt sein Rederecht wahr und reicht eine Übersicht der Funktionsbereiche des Standortes Griebnitzsee an die Mitglieder aus. Er begrüßt die Kooperation mit dem Hasso-Plattner-Institut (HPI), appelliert aber, bei den künftigen Planungen auch die Interessen der Universität zu berücksichtigen. Die Campuserweiterung dürfe nicht nur die Erweiterung des HPI decken, sondern müsse auch Bedarfe der Universität einplanen. Grundsätzlich werde die Erweiterung begrüßt, er wünscht sich aber hinsichtlich der Planungen künftig die Möglichkeit, mitzudiskutieren.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) erläutert die Aufteilung im Bebauungsplan und die angrenzenden Flächen. Auf Fragen aus der letzten Sitzung geht er ein. Zur Modifikation der Planungsziele liegt den Mitgliedern ein Austauschblatt vor, das auch über das Ratsinformationssystem (zur heutigen SBV-Sitzung) abgerufen werden kann. Er bittet um Zustimmung zum Vorhaben.

Herr Jäkel bringt den folgenden Änderungsantrag zum Punkt eins der Vorlage ein und erläutert ihn.

„Der Bebauungsplan Nr. 160 „Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee“ ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 1 und 2), ~~der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 3).~~“

Er legt Wert auf den Erhalt von nennenswerten waldartigen Grünflächen und eine Optimierung der Baupotentiale, die dieses Ziel berücksichtigen soll. Eine eventuell angezeigte Änderung des FNP schlägt er vor, erst im Planverfahren zu erörtern und später zu beschließen.

Frau Hüneke erkennt Gesprächsbedarfe in der Angelegenheit und verweist auf den Antrag (DS 18/SVV/0144), den die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die kommende Stadtverordnetenversammlung einbringen wird. Hierin wird beantragt, „ein Werkstattverfahren für das HPI-Vorhaben am Griebnitzsee durchzuführen“, das zeitlich vor einem Aufstellungsbeschluss und einer Flächennutzungsplan-

Änderung durchzuführen ist. Sie bittet, diesen Antrag, der den Mitgliedern vorliegt, bei den hiesigen Überlegungen mit einzubeziehen.

Herr Rubelt stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, heute über die Vorlage abschließend zu befinden, auch wenn das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) noch nicht vorliegt.

Für den Geschäftsordnungsantrag sprechen Frau Reimers und Herr Eichert. Dagegen spricht sich Frau Hüneke aus.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag auf heutige Abstimmung der Vorlage als federführender Ausschuss, ohne das Votum des KOUL-Ausschuss abzuwarten, zur Abstimmung.

Er wird mit 4:3:0 **angenommen**.

Frau Reimers erinnert an den Vor-Ort-Termin vom 26.2. und gibt nochmals zu bedenken, dass als Wald gewidmete Fläche nicht, wie vielleicht zu vermuten ist, Bäume unter einen besonderen Schutz stellt. Das Gegenteil sei der Fall, denn hier könne ungehindert „geerntet“ werden. Ein Baumerhalt sei eher zu ermöglichen, wenn es sich um eine „Sonderbaufläche mit hohem Grünanteil“ handelt.

Eine Vorschaltung eines Werkstattverfahrens, wie von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beabsichtigt, hält sie nicht für sinnvoll.

Herr Osten-Sacken spricht sich ebenfalls für den Vorschlag der Verwaltung aus.

Auch Herr Eichert ist gegen eine Vorschaltung eines Werkstattverfahrens und erinnert an die Einhaltung des gesetzlichen Verfahrens.

Herr Bittcher nimmt Bezug auf die vorgenommenen Baumfällungen und weist darauf hin, dass diese aus naturschutzfachlicher Sicht im Winter vorzunehmen sind.

Herr Goetzmann weist noch einmal deutlich darauf hin, dass eine Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss keine Vorwegbindung bedeutet. Die Interessensabwägungen erfolgen im Planverfahren. Dem Änderungsantrag von Herrn Jäkel sollte daher nicht zugestimmt werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

Der Bebauungsplan Nr. 160 „Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee“ ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 1 und 2), ~~der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 3).~~

Er wird mit 3:4:0 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt die geänderte Vorlage (gemäß des bestätigten Geschäftsordnungsantrages auf Abstimmung ohne das Votum des KOUL-Ausschuss abzuwarten) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 160 „Westlicher Universitätscampus Griebnitzsee“ ist nach § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (gemäß Anlagen 1 und 2), der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 3).
2. Anhand der Planungsziele wird entschieden, dass das Verfahren hauptsächlich im wirtschaftlichen Interesse Dritter liegt (siehe Anlage 4). Die Einleitung des Verfahrens zum Bebauungsplan setzt daher voraus, dass neben den externen Kosten auch die künftig entstehenden verwaltungsinternen Kosten des Verfahrens vom Vorhabenträger übernommen werden (entsprechend der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 30.08.2006 zur Kostenerstattung von Verfahrenskosten bei Bauleitplanverfahren im wirtschaftlichen Interesse Dritter getroffenen Festlegungen – DS 06/SVV/0487).

Inklusive der in den beigefügten Austauschblättern vorgenommenen Anpassungen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

zu 4.3 Entwicklung des Bornstedter Feldes und der umliegenden Gebiete
Vorlage: 18/SVV/0023
Fraktion CDU/ANW

Herr Eichert bringt die Vorlage ein, erläutert sie und bittet um Zustimmung.

Herr Lehmann (Bereich Stadterneuerung) nimmt Stellung zu dem Antrag und führt den Umfang der Prüfung, wie sie aus Verwaltungssicht erfolgen sollte, aus. Bezüglich der Terminierung der Berichterstattung bittet er jedoch um eine Verlängerung auf November 2018.

Mehrere Mitglieder sprechen sich dafür aus, den Prüfauftrag so zu belassen, wie er beantragt ist. Herr Jäkel erinnert an das Erfordernis, zunächst die Baupotentiale für soziale Infrastruktur im Bereich festgesetzter Bauflächen zu prüfen, bevor eine etwaige Umnutzung von geplanten Grünflächen geprüft wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für den Bereich des B-Planes Rote-Kaserne-West zu prüfen:

1. ob aufgrund des zu erwartenden Wachstums der Bevölkerung weitere Flächen für soziale Infrastruktur (Kitas, Schulen, Sport, usw.) vorgehalten werden müssen.
2. ob zwischen der Georg-Herrmann-Allee und dem Volkspark vollständig oder teilweise alternative Nutzungen zu der bisher vorgesehenen ausschließlichen Wohnbebauung möglich und städtebaulich sinnvoll sind.
3. welche finanziellen und sonstigen Auswirkungen Änderungen der bisherigen Planungen auf die Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld haben.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen und Verkehr sowie dem Hauptausschuss ist bis ~~Ende des dritten Quartals~~ **November** 2018 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.4 Haushaltssatzung 2018/2019 (2. Lesung)

zu 4.4.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019

Vorlage: 17/SVV/0951

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
(Wiedervorlage)

Der Vorsitzende verweist auf die Entscheidungsliste des Ausschusses für Finanzen vom 21.2. und schlägt vor, sich dieser anzuschließen, sofern kein Beratungsbedarf bezüglich vorliegender Änderungsanträge besteht.

Herr Osten-Sacken stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, sich den Voten zu den Vorlagen zum Haushalt (Drucksachen 17/SVV/0951, 17/SVV/0952, 17/SVV/0953) des Ausschusses für Finanzen nicht per Beschluss anzuschließen, sondern diese zur Kenntnis zu nehmen.

Die Mitglieder sprechen sich einhellig für den Geschäftsordnungsantrag aus.

Frau Hüneke erkundigt sich, wie der Zeitplan bezüglich der Radschnellwege in den nächsten Jahren aussieht.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) wird einen entsprechenden Zeitplan zuarbeiten.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt das Votum des Ausschusses für Finanzen vom 21.2. zur DS 17/SVV/0951 zur Kenntnis.

zu 4.4.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018

Vorlage: 17/SVV/0952

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
(Wiedervorlage)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt das Votum des Ausschusses für Finanzen vom 21.2. zur DS 17/SVV/0952 zur Kenntnis.
(sh. Abstimmung zum TOP 4.4.1)

zu 4.4.3 Zukunftsprogramm 2022

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
(Wiedervorlage)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt das Votum des Ausschusses für Finanzen vom 21.2. zur DS 17/SVV/0953 zur Kenntnis.
(sh. Abstimmung zum TOP 4.4.1)

**zu 4.5 Flächennutzungsplan-Änderung "Sportplatz Lerchensteig" (13/16),
Abwägung und Feststellungsbeschluss**

Vorlage: 17/SVV/0973

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), KOUL, B/Sp.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) bringt die Vorlage ein und erläutert sie. Er gibt einen Überblick über das Verfahren, die Erforderlichkeit der Flächennutzungsplan (FNP)-Änderung, die in Vorbereitung auf die Baugenehmigung erstellten Gutachten (u. a. zum Denkmalschutz, zu verkehrstechnischen Belangen, zur Schall- und Lichtimmission sowie zum Artenschutz), die Auswertung der förmlichen Beteiligung und den Ausblick des FNP. Auf das Angebot der AWO, die Anpassung der Variante der Nord-Süd-Ausrichtung des Sportplatzes, die von den Anwohnern favorisiert wird, geht er näher ein. Dieses Angebot der AWO wird derzeit durch den Kommunalen Immobilienservice (KIS), die AWO und den Bereich Umwelt und Natur geprüft. Artenschutzgutachten für den neuen Standort sind beauftragt. Die Untersuchungen sind bis voraussichtlich Mai 2018 abgeschlossen.

Für den FNP seien die Varianten an sich aber erst einmal nicht von Belang. Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung (KOUL) habe die Vorlage in seiner letzten Sitzung am 22.2. mit 5:0:1 befürwortet. Herr Wolfram wirbt auch hier für Zustimmung.

Herr Dr. Plenzke nimmt sein Rederecht wahr. Er stellt die Einschätzung der sieben Anwohnerfamilien am Schneiderweg zur Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) und der Planung eines wettkampftauglichen Großfeldfußballplatzes mit Flutlichtanlage und Vereinshaus am Lerchensteig / Schneiderweg dar. Die Anwohner lehnen aus verschiedenen Gründen den Großfeldfußballplatz an diesem Standort ab und unterstützen die Stellungnahme vom Landesbüro der anerkannten Naturschutzverbände, die die vorliegende Planänderung nicht befürworten. Auch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten haben Bedenken hinsichtlich der Höhendominanz der Flutlichtanlage. Zudem sei der Standort Lerchensteig sehr weit außerhalb gelegen und für Kinder und Jugendliche schwer zu erreichen. Es gibt keinen Fuß- und Radweg sowie keine Straßenbeleuchtung. Die Lennésche Feldflur ist bei Dunkelheit auch nicht beleuchtet. Der Schallschutz wird an diesem Standort schwer einzuhalten sein und auch Lichtimmission sei ein Problem. Wenn es zur FNP-Änderung kommt, kann es für das Bauvorhaben nur den zuletzt von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) genannten Standort geben. Dieser wäre um ca. 200 m verschoben. Mit dieser Variante könnten die Anwohner sich arrangieren. Hierfür müssten ein alter Flachbau abgerissen und einige alte Eichen fallen. Die Abwägung bestehe also zwischen der Fällung sechs großer Eichen oder ca. 100 Ulmen. Wenn das von den Anwohnern weiter weg liegende Bau Feld nicht gewählt wird, werde in Bezug auf die Problematik des Schallschutzes ein Klageverfahren erwogen.

Herr Jäkel verweist auf eine Vereinbarung aus dem KOUL-Ausschuss vom 22.2., die entsprechend auch für den SBV-Ausschuss aufgenommen werden soll: Sofern die Abwägung der Umweltbelange bei dem Alternativvorschlag der AWO nicht gravierend negativer als beim Erstentwurf ausfalle, solle vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr die von der AWO und den Anwohnern bevorzugte Variante präferiert werden.

Dagegen spricht sich niemand aus.

Auf eine Nachfrage von Frau Hüneke zu variantenabhängigen Baumfällungen geht Herr Wolfram ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Rahmen der Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB wird über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Flächennutzungsplan-Änderung „Sportplatz Lerchensteig“ (13/16) entschieden (siehe Anlagen 2A und 2B).
2. Die Flächennutzungsplan-Änderung „Sportplatz Lerchensteig“ (13/16) wird beschlossen, die dazugehörige Begründung einschließlich des Umweltberichts wird gebilligt (siehe Anlage 3).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.6 Norden Potsdams fährt weiter mit dem Bus zum Hauptbahnhof**Vorlage: 17/SVV/0979**

Winfried Sträter, Ortsvorsteher Groß Glienicke
FA, KOUL, HA

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt und in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr erneut aufgerufen.
(sh. Abstimmung zur Tagesordnung)

zu 4.7 Bebauungsplan Nr. 132 "Am Friedhof", Änderung des räumlichen Geltungsbereichs, Auslegungsbeschluss und Zustimmung zum Städtebaulichen Vertrag sowie Zustimmung zur Anwendung der "Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung" (DS-Nr. 12/SVV/0703)**Vorlage: 18/SVV/0007**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
OBR Fahrland

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und weist auf die enge Zusammenarbeit mit dem Ortsbeirat Fahrland in dieser Angelegenheit hin. Sie benennt die angrenzenden Bebauungspläne und erläutert die Inhalte des Städtebaulichen Vertrags. Sie empfiehlt im vorliegenden Verfahren ausnahmsweise weiterhin die „Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung“ zur Anwendung zu bringen, um den beteiligten Vorhabenträger nicht wegen unverschuldeter Verzögerungen wirtschaftlich zu benachteiligen. Das habe zur Folge, dass im Städtebaulichen Vertrag lediglich eine Kostenbeteiligung an den Planungskosten sowie der sozialen Infrastruktur (Krippen, Kitas, Horte, Grundschulplätze) vereinbart wird. Der Bebauungsplan Nr. 132 „Am Friedhof“ (OT Fahrland) soll mit der vorliegenden Beschlussvorlage erstmalig nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt werden.

Da im Bauleitplanverfahren seit dem Aufstellungsbeschluss im Dezember 2012 (DS 12/SVV/0704) Verzögerungen auftraten, die nicht durch den beteiligten Vorhabenträger zu verschulden waren, zieht sich diese Angelegenheit bereits so lange hin.

Frau Lange (Anwohnerin) nimmt ihr Rederecht wahr. Bezugnehmend auf den vorliegenden Bebauungsplan sieht sie Klärungsbedarfe hinsichtlich mehrerer Punkte. Sie benennt unter anderem die schwierige Parkplatzsituation, vor allem vor der Kita und zu geringe Straßenbreiten, die höchst problematisch für Rettungskräfte oder die Müllabfuhr sind. Sie appelliert, Baumfällungen möglichst zu verhindern und im Vorfeld eine ausreichende soziale Infrastruktur zu schaffen. Zudem seien Belegplätze für Kita und Schule zu knapp berechnet. Sie wünscht sich einen Dialog mit den betroffenen Pächtern und einen entsprechenden Interessensausgleich.

Herr Wartenberg (Ortsvorsteher Fahrland) führt aus, dass im Ortbeirat morgen die Behandlung der Angelegenheit vorgenommen wird und bekräftigt, dass aufgrund der Dauer des Verfahrens, heute im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr unbedingt abgestimmt werden soll. Schließlich handelt es sich hierbei erst einmal um den Auslegungsbeschluss. Dem Ortsbeirat liegen bisher keine Änderungsanträge vor – Anliegen, die in diese Richtung zielen, können dann auch im Rahmen der Beteiligung noch geklärt werden. Er wirbt um Zustimmung.

Herr Dau, Mitglied des Ortsbeirates Fahrland, drängt ebenfalls auf eine heutige Abstimmung.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage – vorbehaltlich der Abstimmung im Ortsbeirat Fahrland – zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) ist nach § 9 Abs. 7 BauGB zu ändern (gemäß Anlage 3).
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 132 "Am Friedhof" (OT Fahrland) ist nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (siehe Anlagen 4 und 5).
3. Dem Städtebaulichen Vertrag zum Bebauungsplan wird zugestimmt, soweit aus der Öffentlichkeitsbeteiligung kein Änderungsbedarf mehr resultiert (siehe Anlage 6).
4. In Abweichung vom Beschluss über das „Potsdamer Baulandmodell“ (DS-Nr. 16/SVV/0728) wird für den vorliegenden Bebauungsplan Nr. 132 „Am Friedhof“ (OT Fahrland) der Anwendung der „Richtlinie zur Kostenbeteiligung bei der Baulandentwicklung“ (DS-Nr. 12/SVV/0703) zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

zu 4.8 Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 18/SVV/0009

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
KOUL (ff), OBR Fahrland

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) bringt die Vorlage ein und stellt das Standortkonzept vor. Er geht auf die Ausgangssituation ein, die aktuell 30 öffentlich zugängliche Ladepunkte an 11 Standorten bietet – also auf öffentlichen wie auch privaten Flächen. Durch die öffentliche Beteiligung sind 118 Standortvorschläge eingebracht worden, wovon 54 Stationen geplant werden. Eine gleichmäßige Verteilung von Ladesäulen werde angestrebt. Standortkriterien waren ein öffentlicher Zugang, ein vorhandener Netzanschluss für Ladesäulen sowie die räumliche Nähe zu Verkehrsknotenpunkten. Ein bedarfsgerechter Ausbau sei ebenfalls Grundlage der Betrachtung. So sollen u. a. bestehende Standorte falls nötig erweiterbar sein. Zudem sei die Förderung von E-Carsharing in das Konzept eingebunden.

Herr Niehoff betont, dass erst der Beschluss des Konzeptes die Handlungsfähigkeit der Verwaltung ermöglicht. Da die Umsetzung durch Dritte und nicht durch die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) selbst erfolgen könne, müsse die LHP zur Anordnung der Umsetzung berechtigt werden. Umgesetzt werde das Projekt durch die Energie und Wasser Potsdam GmbH (EWP) oder andere Dritte.

Auf Nachfragen der Mitglieder geht Herr Niehoff ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das „Standortkonzept für die öffentliche Ladeinfrastruktur in der Landeshauptstadt Potsdam“ (Anlage 1) bildet die Grundlage des weiteren Verwaltungshandelns bei der Förderung und Genehmigung von Ladesäulen auf öffentlichen Flächen in der Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 4.9 Durchgangsverkehr Hühelweg reduzieren

Vorlage: 18/SVV/0055

Fraktion CDU/ANW, SPD

Herr Eichert bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) führt aus, dass im Rahmen der mit Beschluss der Drucksachen 16/SVV/0741 „Verkehrsverlagerung“ und

17/SVV/0757 „Verkehrslenkung für die vom Schleichverkehr betroffenen Wohngebiete in Bornstedt/Bornim/Nedlitz“ durchzuführenden Untersuchungen der Hügelpfad mit untersucht worden ist. Er verweist auf die entsprechende Mitteilungsvorlage zur kommenden Stadtverordnetenversammlung (DS 18/SVV/0155) und sieht den Antrag damit als erledigt an.

Herr Eichert erhält den Antrag aufrecht.

Herr Jäkel schlägt vor, den Antrag zurückzustellen, bis die entsprechende Mitteilungsvorlage den Stadtverordneten vorgelegen hat.

Der Vorschlag auf Zurückstellung des Antrags wird einstimmig **angenommen**.

Der Antrag DS 18/SVV/0055 wird nach der Einbringung der Mitteilungsvorlage 18/SVV/0155 in die Stadtverordnetenversammlung erneut im SBV-Ausschuss aufgerufen.

**zu 4.11 Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark", 1. Änderung, Teilbereich
Am Feldlerchenwinkel, Aufstellungsbeschluss sowie Flächennutzungsplan-Änderung "Nördlich In der Feldmark" 20/17
Vorlage: 18/SVV/0005
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
(Wiedervorlage)
OBR Golm**

Der Vorsitzende erinnert an die Ersteinbringung der Vorlage in der letzten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr am 13.2.

(Anm. der Protokollantin: Frau Holtkamp informierte in der letzten Sitzung des SBV-Ausschusses, dass sich zur Vorlage noch ein geringfügiger Änderungsbedarf in der textlichen Beschreibung des räumlichen Geltungsbereichs ergeben hat, so dass auf eine Teilfläche des Flurstücks 1411 verzichtet werden kann. Ein entsprechendes Austauschblatt wurde an die Mitglieder in der Sitzung am 13.2. ausgegeben.)

Frau Holtkamp (Bereich Verbindliche Bauleitplanung) unterbreitete dort das Angebot, für die nächste Sitzung einen Übersichtsplan über die Golmer Bebauungspläne zur Verfügung zu stellen, um die Standorte zu visualisieren. Diesem Angebot kommt sie nach und zeigt die entsprechenden Bebauungspläne, die in der Präsentation, die dem Protokoll anhängt, enthalten sind. Sie teilt mit, dass inzwischen auch der Ortsbeirat Golm die Vorlage behandelt und ihr (inkl. Austauschblatt) zugestimmt hat.

Auf eine Nachfrage von Herrn Eichert zur Priorität geht Frau Holtkamp ein.

Der Ausschussvorsitzende stellt die (gem. o. g. Austauschblatt) geänderte Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Bebauungsplan Nr. 129 "Nördlich In der Feldmark" ist im Teilbereich Am Feldlerchenwinkel nach § 2 Abs. 1 BauGB in einem 1. Änderungsverfahren zu ändern (gemäß Anlagen 1 und 2). Der Flächennutzungsplan ist im Parallelverfahren nach § 8 Abs. 3 BauGB zu ändern (gemäß Anlage 3).
2. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 I entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung vom 07.03.2001 (DS 01/SVV/059) und nachfolgender Aktualisierung durchzuführen (siehe Anlage 4).

Inklusive der in dem am 13.2. ausgegebenen Austauschblatt vorgenommenen Änderung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 4.12 Sozialer Wohnungsbau

Vorlage: 18/SVV/0081

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
HA
(Mitteilungsvorlage)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Mitteilungsvorlage 18/SVV/0081 zur Kenntnis.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 BE Baustellen/Hauptverkehrsstraßen 2018

Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Hartmann-Engel stellt die Baumaßnahmen für 2018 vor und geht auf Nachfragen der Mitglieder ein.

1. Templiner Straße
2. L40 - Böschungssanierung
3. Bahnübergang Medienstadt
4. Behlertstraße
5. Alleestraße
6. Nedlitzer Straße
7. Geschwister-Scholl-Straße
8. Berliner Straße
9. Charlotten- / Französische- / Hebbelstraße
10. L40 – Auf-/Abfahrt Friedrich-List-Straße

11. L40 – Auf-/Abfahrt Horstweg
12. Breite Straße
13. August-Bebel-Straße
14. Friedrich-Engel-Straße
15. Leipziger Dreieck: Friedrich-Engels-Str.
16. Leipziger Straße
17. Großbeerenstraße

Er informiert über die morgen hierzu stattfindende Pressekonferenz und weist nochmals auf die wöchentlich erfolgenden Presseinformationen über Verkehrseinschränkungen hin, über die die Bürgerinnen und Bürger informiert werden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 5.2 "Beschlussvorlage über die Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen gemäß § 165 Abs.4 BauGB für den Bereich "Seekrug/Pirschheide" - Vorweginformation in Vorbereitung der STVV am 07.03.2018
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) informiert über die beabsichtigte Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen (VU) gemäß § 165 Abs. 4 BauGB für den Bereich „Seekrug/Pirschheide“.

Der verkehrsgünstig gelegene Standort verfügt über ein sehr hohes Entwicklungspotential. Vor dem Hintergrund der äußerst positiven Bevölkerungsprognose und den daraus resultierenden Bedarfen an sozialer Infrastruktur, Wohnungen sowie Dienstleistungs- und Gewerbestandorten sollen die Entwicklungsoptionen des Standortes dahingehend zügig und zielführend geprüft werden.

Eigentümer großer Flächen im Untersuchungsgebiet der VU sind sowohl die Landeshauptstadt Potsdam als auch das Land Brandenburg. Mit dem Land gab und gibt es Gespräche zur gemeinsamen Flächenentwicklung.

Die Verwaltung empfiehlt die Einleitung von vorbereitenden Untersuchungen, die ein geeignetes Instrument zur Entwicklung des Gebietes darstellen. Hierzu wird den Stadtverordneten für die Sitzung am 7.3. eine entsprechende Beschlussvorlage vorgelegt, mit dem Ziel eines Sofortbeschlusses. Er bittet um entsprechende Zustimmung in der Stadtverordnetenversammlung.

Auf die Nachfrage von Herrn Bittcher zur Eingrenzung des Untersuchungsgebietes geht Herr Goetzmann ein.

Herr Jäkel stellt fest, dass an dem Text mehrere Änderungen vorzunehmen seien, vor allem zum Landschaftsschutzgebiet. Er kritisiert die zu starke Umnutzung des Waldes als Baufläche. Er kann der Vorlage, wie sie aktuell vorliegt, nicht zustimmen und empfiehlt diese erst im KOUL-Ausschuss und im SBV-Ausschuss regulär zu beraten.

Herr Rubelt weist darauf hin, dass es hier erst einmal um den Beschluss zur vorbereitenden Untersuchung geht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Information zur Kenntnis.

zu 5.3 BE Inbetriebnahme der Tramhaltestelle am westlichen Ende der Kiepenheuerallee (gemäß Beschluss 17/SVV/0260)

Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Niehoff (Bereich Verkehrsentwicklung) erinnert an den Beschluss zum Antrag 17/SVV/0260, worin die Herstellung einer Tramhaltestelle am westlichen Ende der Kiepenheuerallee vorzubereiten und deren Betrieb spätestens ab dem Fahrplanwechsel Ende 2018 vorzusehen, beantragt war. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr sollte bis Februar 2018 über den Planungs- und Realisierungsstand berichtet werden.

Er informiert, dass die Verkehrsbetriebe Potsdam GmbH (ViP) die Planung aufgenommen haben und ein Planfeststellungsverfahren, welches zurzeit läuft, nötig geworden sei. Mit einer Genehmigung werde 2019 gerechnet.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

zu 6 Sonstiges

Keine Bemerkungen.

Ralf Jäkel
Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift